

Luftpiraten: Anschlag auf den Frieden

„Kampf überall“, gelobten die Guerillas des Palästinenser-Führers Habasch nach dem Araber-Gipfel von Algier. Um sowjetische Hilfsgelder nicht zu verlieren, beschränkte

sich Habasch auf den ideologischen Kampf. Attentate auf die internationale Luftfahrt überließ er einem Freund, von dem er sich offiziell trennte: dem Doktor Wadi-Haddad.

Zweieundzwanzig Stunden verbrachte Henry Kissinger in Jerusalem, davon allein 25 Minuten im Bad seiner Suite 622 des Hotels King David. Der Friedensmacher brauchte Erfrischung.

In Algier, Kairo, Riad, Damaskus und im Libanon hatte der Amerikaner mit wechselndem Erfolg für die Genfer Nahost-Friedenskonferenz geworben. Jerusalem erwies sich — nächst Damaskus — als die schwierigste Etappe.

Zeitungsanzeigen begrüßten den Gast mit dem Angebot: „Israel steht jüdischen Flüchtlingen immer offen. Nach dem Rückkehrergesetz hast auch Du Anspruch, hier Zuflucht zu finden.“ Im Jad Waschem, dem düsteren Mahnmal für die Hitler-Opfer, in dem die Israelis den Amerikaner auf den Besuch einzustimmen suchten, überreichten sie ihm zwei Bücher: „Die Geschichte der Juden Bayerns“ mit einem Kapitel über den Kissinger-Geburtsort Fürth und ein Werk über den Eichmann-Prozeß mit einer Widmung des Eichmann-Anklägers Hausner: „Dem großen Friedensmacher.“

Kissinger, verlegen: „Ich hoffe, ich verdiene das.“ Hausner: „Ja, absolut.“

Der Amerikaner mußte den Israelis zusichern, daß die in ihrer Mehrheit israel-feindliche Uno auf der Genfer Nahost-Konferenz keine entscheidende Rolle spielen werde und auch die beiden Supermächte nur „Katalysatoren“ sein sollten. Seine Friedensformel lautete „Beseitigung der Kriegsursachen“ — was beide Seiten in

ihrem Sinn interpretieren konnten: die Araber als Forderung nach Rückzug der Israelis, die Israelis als Forderung nach sicheren Grenzen für Israel.

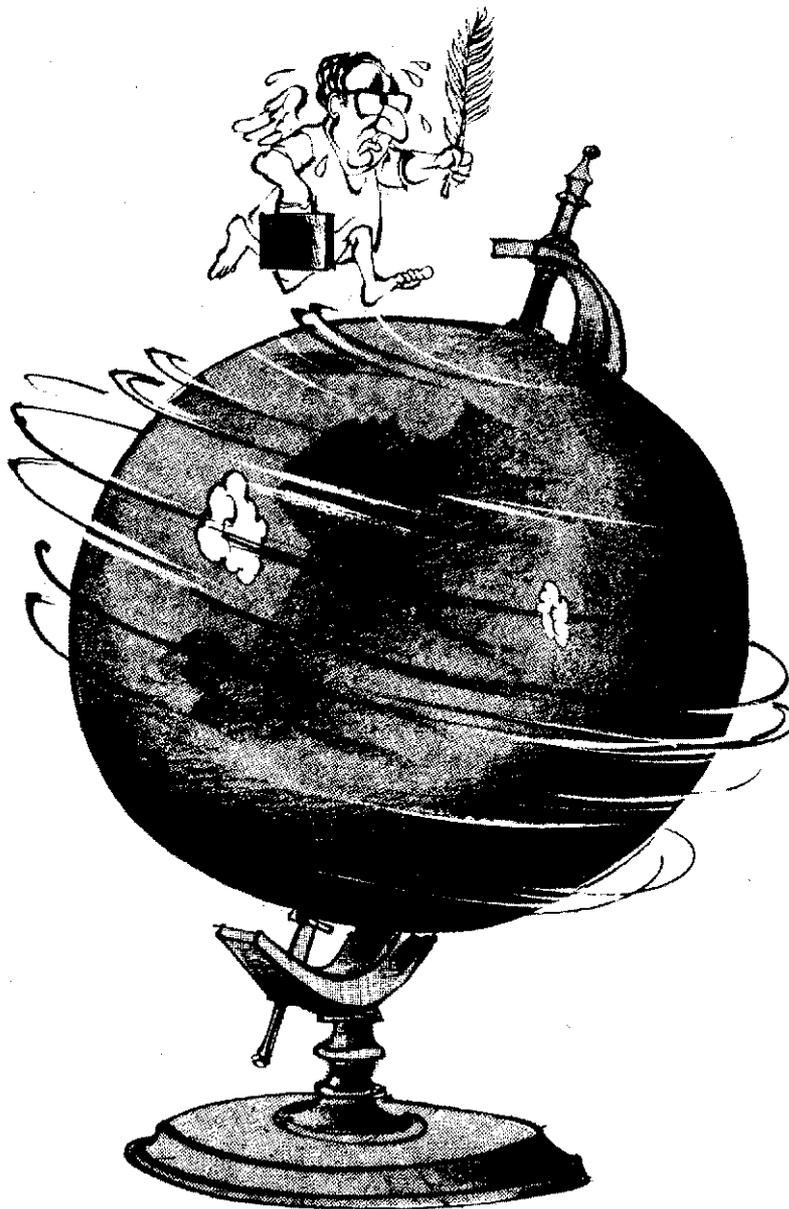
Während Kissinger den Schauplatz verließ, um bis zum Beginn der Genfer Konferenz nach Lissabon, Madrid und Paris abzuhaken, geriet der Nahe Osten jäh wieder in die Schlagzeilen der Welt-
presse: Palästinenser töteten auf dem römischen Flughafen Fiumicino, nach

einem Schußwechsel in der Abfertigungshalle und einer Attacke auf eine Pan-Am-Maschine, 32 Personen und entführten eine Lufthansa-Boeing. Einer der Hijacker auf die Frage nach dem Reiseziel: „Ich reise, wohin Allah, der Prophet, will.“ Es war der achte und zugleich verlustreichste Araber-Überfall dieses Jahres — der blutige Beweis, daß der Luftverkehr gegen Attentäter nicht sicher zu machen ist.

Einige der Attentäter waren offenbar aus Rom gekommen — „Löcher neuesten Datums“ (so ein Fiumicino-Beamter) im Flughafen-Zaun sprechen dafür —, andere möglicherweise aus Madrid angereist, wo das Handgepäck so unzureichend kontrolliert wird wie auf zahlreichen Flughäfen des Mittelmeerraums.

In Beirut zum Beispiel, der Brutstätte palästinensischen Widerstands, kontrolliert lediglich die Lufthansa ihre eigenen Passagiere. Die Libanesen machen bestenfalls Stichproben bei nichtarabischen Ausländern oder schnappen sich Einheimische, wenn die des Hasch-Schmuggels verdächtig sind. In Saudi-Arabien werden Passagiere zwar durchsucht — nach Schnaps, nicht nach Waffen.

„Über Beirut kriech meine Boys noch an jeden Ort der Welt und mit jeder Art von Bewaffnung, selbst mit Sam-7-Raketen“, brüstete sich Guerilla Hanna Mischlawi, ein Offizier der syrischen El-Saika-Organisation, gegenüber dem

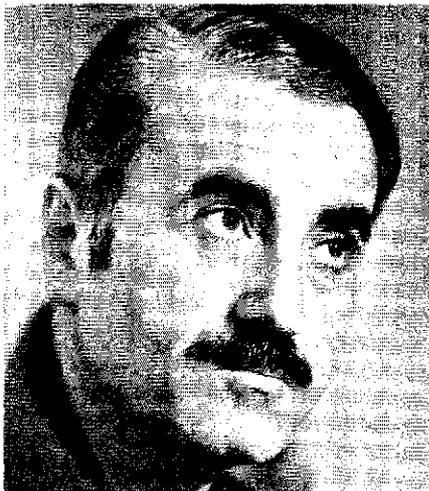


Daily Express, London

SPIEGEL. Seine Truppe hijackte vor dem Oktoberkrieg bei Wien den Emigranten-Zug mit Sowjet-Juden und zwang Österreichs Kanzler zur Schließung des Durchgangslagers Schönau.

Auch die Operation von Rom hatte offenkundig ein politisches Ziel. Sie war, so die halbamtliche Kairoer Zeitung „Al-Ahram“ des Sadat-Intimus Heikal, „darauf angelegt, die gegenwärtigen Friedensbemühungen und das Zusammentreten der Genfer Konferenz zu vereiteln“.

Denn seit dem Araber-Gipfel von Algier Ende November fühlen sich zumindest die Radikalen unter den Palä-



Guerilla-Führer Habasch, gekaperte Lufthansa-Boeing in Rom: „Löcher neuesten Datums“

stinensern verraten. Als dort der Revolutionär Arafat und der Reaktionär Feisal ihren Frieden schlossen (SPIEGEL 49/1973) und erste Pläne für einen palästinensischen *Teilstaat* erörtert wurden, proklamierte Arafats gefährlichster Rivale, der marxistische Palästinenser-Doktor Georges Habasch: „Die Beschlüsse von Algier sind nicht nur eine Bedrohung für uns Palästinenser, sondern für die ganze Befreiungsbewegung.“

Deren Ziel ist nach wie vor nicht nur die Vertreibung der Juden von palästinensischem Boden, sondern auch „die Beseitigung der herrschenden Schicht im Orient, angefangen bei Sadat bis hin zu König Feisal“.

Der Ton wurde schärfer, je näher die Genfer Konferenz rückte. So drohte ein Sprecher von Habaschs „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) am Vorabend des Massakers von Rom: „Das Bestreben, einen palästinensischen Staat auf einem Teil des palästinensischen Territoriums zu gründen ... ist nichts anderes als eine Irreführung der Massen ... Unsere Antwort darauf heißt: Kampf überall.“

Einen Tag nachdem in Rom die ersten Opfer des Palästinenser-Überfalls verbrannt oder verblutet waren, lehnte Georges Habasch erneut eine Teilnahme der Palästinenser am Genfer Frie-

denspalaver ab und rief statt dessen zum „bewaffneten Volkskrieg“ auf.

Allerdings: Für das Massaker von Rom und Athen lehnte er jede Verantwortung ab. Und tatsächlich wird ihm die unmittelbare Urheberschaft des Attentats kaum nachzuweisen sein.

Zwar hatte die PFLP nach dem Juni-Krieg von 1967 Waffen wie Flugzeugentführung und Geiselnahme im Nahostkrieg populär gemacht: Am 26. Dezember 1968 beschossen Habasch-Guerillas in Athen eine Boeing der israelischen Fluggesellschaft El Al; 1970 entführten sie drei Düsenriesen (von TWA, BOAC und Swissair) auf die jordanische Wüstenpiste Zarka. In letzter Minute durften die Passagiere aussteigen, dann detonierten Sprengsätze, verglühten die Maschinen.

Doch Zarka markierte zugleich auch das offizielle Ende der PFLP-Piraterie: Sowjets und Chinesen, die wichtigsten Geldgeber des marxistischen Doktors, drohten ultimativ, ihre Waffen- und Finanzhilfe einzustellen, wenn Habasch nicht sofort die Gefährdung des internationalen Luftverkehrs beende.

Habasch gab nach — doch er vergab sich damit nichts. Denn zu diesem Zeitpunkt plante und leitete nicht er selbst die Entführungseinsätze der PFLP, sondern sein Stabschef und engster Vertrauter Wadi Haddad, einst sein Kom-

mitone an der amerikanischen Universität von Beirut, wie Habasch Doktor der Medizin.

Gemeinsam hatten die beiden den Exodus der Palästinenser aus dem Gelobten Land miterlebt, gemeinsam im Untergrund gegen die Israelis gekämpft. Nun schickte Habasch den Freund mit nach außen drohenden Worten — aber in stillem Einvernehmen — in die Wüste. Er werde ihn, so Habasch, „um den ganzen Erdball verfolgen und exekutieren“, wenn es Haddad je einfallen sollte, noch einmal ein Flugzeug zu entführen.

Seither erweisen sich die — formal — getrennten Guerilla-Führer als Meister der konzertierten Aktion. Habasch führt den politisch-ideologischen Kampf und wirbt in den Palästinenserslagern des Libanon um die Unterstützung seiner Landsleute gegen den Kompromißler Arafat; Haddad dagegen kämpft weiter in der Luft: Im Juli ließ er einen Jumbo der Japan Air Lines entführen und vor vier Wochen — um den Araber-Gipfel in Algier zu torpedieren — eine Boeing 747 der KLM.

Seine Operationen lenkt Haddad, 48, von verschiedenen Stützpunkten in Europa (darunter Rom und Madrid) aus und angeblich sogar aus den USA. Im Nahen Osten läßt er sich nur selten sehen — und dann in Bagdad, wo so-

wohl die militanten Palästinenser wie auch Jassir Arafat gern ihr Hauptquartier etablieren möchten.

Woher die Attentäter diesmal kamen, war noch am Mittwoch ungewiß. Daß sie aber auch im arabischen Raum kaum noch irgendwo hingehen können, zumal sie in Rom auch vier hohe marokkanische Regierungsbeamte getötet hatten, bewiesen die Ereignisse der vorigen Woche: Der Libanon sperrte den Flughafen Beirut für die gekaperte Luftansa-Boeing. Libanesishe Zeitungen bezeichneten die Entführer erstmals als „Terroristen“, eine Definition, die Libanons damaliger Premier Salam noch im Vorjahr in einem SPIEGEL-Gespräch als Beleidigung zurückgewiesen hatte.

In Ägypten erregte sich die Zeitung „Al-Achbar“: „Es ist unglaublich, daß ein Araber so schreckliche Taten begeht.“ Auch die Syrer mochten den Piraten keine Zusicherungen geben, obwohl sie zur selben Zeit beschlossen hatten, die Genfer Konferenz ebenfalls zu boykottieren. Der Jet durfte in Damaskus lediglich zwischenlanden.

So hofften die Entführer, wollten sie sich nicht selbst mit der gekaperten Maschine auf Athen oder Tel Aviv stürzen, auf Zuflucht in Kuwait. Dort konnten sie Besatzung und Geiseln freilassen und auf Wohlwollen hoffen. Denn in Kuwait sitzen Palästinenser in den Spitzen der Verwaltung, ist auch der Polizeichef Palästinenser.

Trotz ihrer Isolierung in der von Ägyptens Sadat auf Verhandlungen eingestimmten arabischen Welt geben Habasch und Haddad jedoch keineswegs auf. Dem sudanesischen Präsidenten Numeiri, der noch immer die palästinensischen Mörder der amerikanischen Diplomaten Noel und Moore unter Arrest hält, warf ein Sprecher vor, er wolle „dem amerikanischen Imperialismus einen Gefallen tun“, und drohte: „Ich warne ihn zum letztenmal.“

In Paris wurden die Sicherheitskräfte für den Flughafen Orly um 700 Mann verstärkt, auch Frankfurt, London, Amsterdam und Brüssel rüsteten auf. Denn auch in Europa, so will die „Tribune de Genève“ erfahren haben, drohen neue Attentate: Die Palästinenser wollen in mehreren Großstädten Flugzeuge kapern, sie nach Genf fliegen lassen und dort zum Auftakt der Friedensgespräche in die Luft jagen.

In Ägypten schließlich gründete ein militanter Parlamentarier einen Klub für „Jäger und Scharfschützen“, dem inzwischen auch Kuweitis, Libanesen, Syrer, Algerier, Libyer und Palästinenser angehören. Sie wollen die Israelis auf dem Suez-Westufer bekämpfen.

Wohl drohte Präsident Sadat, er werde den Klub verbieten. Doch ebenso wie viele ägyptische Offiziere entlang der Waffenstillstandslinien sind auch die Irregulären entschlossen, sofort zuzuschlagen, wenn die Genfer Konferenz nicht schnell zu konkreten Ergebnissen führt.

ENGLAND

Größte Stunde

Die Briten friert: weil Kohle fehlt und die Zukunft düster ist. Ausgerechnet zur Zeit der Ölkrise sind Regierung und Gewerkschaften zur Entscheidungsschlacht angetreten. Sie könnte Millionen Arbeitslose bescheren.

Die britische Armee war geschlagen. Die Soldaten flüchteten in Segelbooten und Barkassen über See, ihre Waffen ließen sie zurück: Dünkirchen 1940. Dennoch war England noch einmal davongekommen, es siegte sogar.

Für die Briten bedeutete Dünkirchen fortan, daß England auch Katastrophen überleben kann. Ohne zu murren



Premier Heath
„Die Massen schocken“

entrugten die Engländer, daß Fleisch und Speck bis 1954 rationiert blieben.

Bei jeder „kleinsten Gelegenheit“ spottete der „New Statesman“, erinnerter Politiker und Fleet-Street-Journalisten seither an jene heroischen Tage, beschworen sie den Geist, der 1940 aus der Misere half: „Bezugsscheine? Britanniens größte Stunde!“

Seit drei Wochen verteilen die Postämter wieder Bezugsscheine (für Benzin), fordert der Premier das Volk zur Einheit auf, spricht der Schatzkanzler im Unterhaus von der „schwersten Krise seit Kriegsende“.

Nur: Diesmal drohen nicht Deutsche, sondern Briten selbst ihr Land zu zerstören, erlebt England wohl nicht seine größte, sondern seine kälteste Stunde. Wie selbstmörderisch veranlagte Lemminge, klagte der Generalkdirektor des Industrieverbands CBI, Campbell

Adamson, „eilen sie auf den nächsten Abgrund zu, so schnell es eben geht“.

England muß derzeit mit 15 Prozent weniger Rohöl wirtschaften. Es würde damit genauso gut fertig wie die Europäer auf dem Kontinent. Doch in konzentrierter Aktion machen Kumpel, Lokomotivführer und Ingenieure der Elektrizitätswerke „Dienst nach Vorschrift“, verweigern Überstunden und bringen so „England langsam zum Stillstand“ („The Times“). Denn von den 174 britischen Kraftwerken werden 120 mit Kohle betrieben, derzeit fehlen an den E-Werken bereits 40 Prozent des Bedarfs.

Die Bergleute wollen erst wieder mehr fördern, wenn die Regierung ihren Zulageforderungen in Höhe von neun bis dreizehn Pfund wöchentlich nachkommt, die Lokomotivführer (Grundlohn: 33 Pfund) wollen sieben Pfund mehr Lohn, bevor sie die Züge wieder planmäßig rollen lassen.

Premier Heath lehnt diese Forderungen ab, weil seine Preis- und Lohnpolitik in dieser Phase nur etwa sieben Prozent mehr erlaubt. Nur den Kumpeln will er, einschließlich Sonderzulagen, rund 16 Prozent mehr gewähren.

Sollten Gewerkschaften und Regierung sich nicht noch einigen und ihren Konflikt durch einen Kompromiß beilegen, müssen Millionen Briten um ihre Arbeitsstellen fürchten. Denn ab 1. Januar, so verfügte die Regierung, sollen Industriebetriebe, Werften und Stahlwerke, Automobil-Konzerne und Chemie-Unternehmen nur noch drei Tage in der Woche arbeiten, um Energie zu sparen. Ein Bankrott-Boom wäre dann zu erwarten.

Schatzkanzler Barber strich am Montag aus dem Budget 1,2 Milliarden Pfund für fast alle Sparten, von der Schule bis zur Verteidigung. Die Wirtschaftsexperten der Regierung kalkulierten, wie hoch in diesem Jahr Britanniens Handelsdefizit sein wird: vermutlich mehr als zwölf Milliarden Mark.

Der Vorgesmack auf das neue Dünkirchen ist bislang noch erträglich: TV-Stationen beenden um 22.30 Uhr das Programm, Flutlichtspiele der Fußballer sind verboten. Vier Millionen Weihnachtspakete werden nicht ausgeliefert, weil die Züge entweder überhaupt nicht oder nicht mehr planmäßig fahren. In elektrisch beheizten Privatwohnungen soll nur noch ein Raum gewärmt werden.

Schlimmer scheint schon, daß die Zuversicht der Briten, die Krise so gut zu überstehen wie früher, dahin ist. Viele Engländer sehen finstere Mächte am Werk, die Zukunft scheint unausweichlich Unheil zu bergen.

Der konservative Premier vermutet, wie mancher der konservativen Abgeordneten, kommunistische Taktik hinter den Aktionen der Gewerkschaft,